

A-16	Politik für alle
-------------	-------------------------

	AntragstellerIn: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz
--	--

Antragstext: Der 30. Bundeskongress möge beschließen: Es wird eine bundesweite Arbeitsgruppe "Politik für alle" gegründet, der zwischen 5-10 Mitglieder angehören sollen. Das Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein Methoden zu entwickeln, wie die GRÜNE JUGEND auch Jugendliche aus "politikfernen" Schichten/Milieus/Hintergründen in den Verband integrieren kann (u.a. Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus Arbeiterfamilien, Jugendliche mit Behinderungen etc.). Die Arbeitsgruppe soll einen ersten Maßnahmenplan auf dem 32. Bundeskongress präsentieren. Falls der Antrag auf dem BuKo nicht behandelt werden kann, soll der BA über den Antrag entscheiden.

Begründung:
Politik ist immer noch hauptsächlich eine Angelegenheit von AkademikerInnen. Auch in der GRÜNEN JUGEND finden sich fast ausschließlich Jugendliche aus privilegierten Familien, SchülerInnen von Gymnasien/Gesamtschulen oder StudentInnen. Als Verband müssen wir neue Wege der politischen Partizipation finden, wie wir auch Menschen am politischen Leben teilhaben lassen können, die aus originär "politikfernen" Hintergründen stammen. Als toleranter und basisdemokratischer Verband müssen wir Methoden entwickeln und niedrigschwellige Angebote entwerfen, wie wir z.B. auch Blinden, Gehörlosen oder stummen Menschen die Teilhabe an der Politik ermöglichen können. Kinder aus armen Familien können es sich oftmals finanziell nicht leisten sich politisch zu betätigen. Auch hier müssen wir neue, progressive Methoden erarbeiten, um auch diese Menschen an dem politischen Willensbildungsprozess beteiligen zu können. Deshalb soll sich eine Arbeitsgruppe ein Jahr lang damit beschäftigen, wie man solche Methoden in den Verband integrieren und die GRÜNE JUGEND noch offener gestalten kann.